Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 82 (2002)

Heft: 11

Artikel: Von der "Ausländerfrage" zur Migrationspolitik : auf der Suche nach einem neuen Konsens

Autor: Cattacin, Sandro / Münz, Rainer / Wanner, Philippe

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-166739

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sandro Cattacin, geboren 1963, ist Professor für Sozialpolitik am «Institut de hautes études en administration» in Lausanne (IDHEAP) und leitet das Swiss Forum for Migration and Population an der Universität Neuenburg.

Rainer Münz, geboren 1954 in Basel, ist seit 1992 Professor für Bevölkerungswissenschaft an der Berliner Humboldt-Universität. Davor war er Direktor des Instituts für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Philippe Wanner, geboren 1964 in Lausanne, hat an der Universität Leuven (B) im Fach Demographie doktoriert und war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Eidgenössischen Amt für Statistik in Neuenburg und Associate Population Officer bei der UNO in New York. Zurzeit leitet er das Projekt «Forum suisse pour l'étude des migrations et de la population» in Neuenburg und ist Lehrbeauftragter für Demographie an der Universität Genf.

Von der «Ausländerfrage» zur Migrationspolitik

Auf der Suche nach einem neuen Konsens

Unter Fachleuten wird kaum bestritten, dass eine weltoffene Schweiz in ihrem eigenen Interesse eine einwanderungsfreundliche Migrationspolitik betreiben sollte. Diese Auffassung steht im Konflikt mit einer in breiten Bevölkerungskreisen vorherrschenden Stimmung, nach welcher die Akzeptanz einen oberen Plafond erreicht zu haben scheint. Drei Kenner der Materie wurden aus unterschiedlichen Blickwinkeln von Robert Nef mit Fragen aus diesem Spannungsfeld konfrontiert.

Sogenannte «Ausländerfragen» sind in den letzten Jahren und Jahrzehnten in der Schweiz immer wieder das Thema von Volksinitiativen gewesen. Haben diese zur Bewusstseinsbildung und zur besseren Lösung beigetragen, oder haben sie von den eigentlichen Problemen abgelenkt?

Rainer Münz: In keinem Land der Welt wird so häufig über Migrations- und Ausländerpolitik abgestimmt wie in der Schweiz. Und in keiner dieser Abstimmungen bekam bisher die restriktivste der vorgeschlagenen Varianten eine Mehrheit. Zugleich hatte dies den Effekt, dass Migrationsfragen in sonstigen Wahlkämpfen eine geringere Rolle spielten als anderswo in Westeuropa. Allerdings verbreitete sich in der Schweiz das trügerische Gefühl, auf einem guten «Mittelweg» zu sein. Tatsächlich ist aber eine auf dem so genannten Kreismodell beruhende Migrationspolitik, die primär auf die Zuwanderung aus anderen Staaten Europas setzt (= Kreis 1), zum Scheitern verurteilt. Denn sowohl die Schweiz als auch die meisten anderen Staaten Europas – vor allem jene im Süden und Osten unseres Kontinents – haben eine alternde und schrumpfende einheimische Bevölkerung. Sie alle werden früher oder später gezielt Arbeitskräfte anwerben müssen.

Gibt es so etwas wie eine «Schweizer Migrationspolitik»? Was ist daran konstant und was wandelt sich mit den Umständen und mit dem Zeitgeist?

Sandro Cattacin: Es gibt keine Konstante in der Schweizer Migrationspolitik. Dies wird deutlich, wenn nicht die letzten zehn, sondern die letzten hundert Jahre betrachtet werden. Dann zeigt sich, wie sich nicht nur Konzepte, Regelungsmodi, sondern eben auch die Einstellungen gegenüber dem Fremden *tout court* ändern. Diese Änderungen sind auf Faktoren zurückzuführen, die zwar generalisierbar sind, doch auch einen besonderen «Schweizer Weg» erkennen lassen. Während des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Schweiz ein offenes Land. Die Willensnation stellte sich nicht die Frage, wer die Fremden sind, sondern wer die demokratische Bewegung und die Industrialisierung unterstützt. Dann folgten Revolutionen, innere Unruhen und schliesslich der Zweite Weltkrieg, alles Ereignisse, welche eine Inselmentalität fördern. Nach dem Zweiten Weltkrieg öffnete sich die Schweiz wieder. Willkommen sind die relativ rechtlosen und vorerst im neu geschaffenen Sozialstaat nicht integrierten Arbeitsmigranten und die Antikommunisten aus dem Osten. Die «neue Unübersichtlichkeit» in der Kombination von Sozialstaatskritik und Schwächung des Nationalstaats einerseits, und der Europäisierungsdruck, die Globalisierung und das Ende des Kalten Krieges anderseits, führten zur Internationalisierung der Migration. Die Bevölkerung wird dadurch zunehmend verunsichert, wobei eine populistische Stimmungsmache die Lage zurzeit noch verschärft.

Wer als Statistiker und Demograph mit Szenarien arbeitet, ist gewöhnt, Optimismus und Pessimismus immer wieder neu abzuwägen. Stehen optimistische oder pessimistische Entwicklungsmöglichkeiten im Zentrum?

Philippe Wanner: Die künftige Entwicklung der Migrationsströme hängt von Faktoren ab, über die wir wenig wissen und für die eine Prognose unmöglich ist. Ich denke vor allem an die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, an die Bedürfnisse auf dem Arbeitsmarkt, an die Unsicherheiten in der weltpolitischen Lage, aber auch an die noch offenen politischen Optionen in der Ausländergesetzgebung. Es gibt daher im Hinblick auf die Formulierung von Hypothesen zur Zukunft der Migration viele Unbekannte. Immerhin kann man davon ausgehen, dass sich die Entwicklung im Spannungsfeld von «trägen», schwer zu beeinflussenden Faktoren und von momentabhängigen Konstellationen abspielen wird. Zur ersten Kategorie gehört die Zunahme des Anteils an alten Menschen in der Bevölkerung und der bevorstehende Eintritt der geburtenstarken Nachkriegsjahrgänge ins Rentenalter, sowie die Zunahme der Mobilität im Rahmen der wirtschaftlichen Globalisierung. Diese Faktoren bewirken eine Begünstigung der Mobilität sowie eine Verstärkung der Migrationsströme. Zur zweiten Kategorie gehört die allgemeine konjunkturelle Entwicklung, die gegenwärtig eher zu einer Verringerung der Migrationsanreize tendiert. Gestützt auf diese Voraussetzungen kann man davon ausgehen, dass man kurzfristig (2002–2006) angesichts einer zunehmenden politischen Instabilität in zahlreichen Regionen der Welt, insgesamt mit einer Abnahme der Einwanderung von aktiv Erwerbstätigen zu rechnen hat. Dies ist auch eine Folge der bezüglich Nicht-EU-Bürgern und Personen aus andern Kontinenten sehr restriktiven Einwanderungspolitik. Gleichzeitig kommt es zu einer Zunahme der sekundären Einwanderung durch Familiennachzug, und durch zugelassene bzw. nicht ausgeschaffte Asylbewerber. Längerfristig (2006–2030) scheint es, dass die Einwanderung von aktiven Bevölkerungsgruppen eine gute Zukunft hat, besonders im Hinblick auf die Umwälzungen am Arbeitsmarkt, die gegen 2015 zu erwarten sind.

Was sind die wichtigsten Probleme der Schweiz im Zusammenhang mit der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung?

Rainer Münz: Im Jahr 2001 haben wir im Auftrag von «Avenir-Suisse» alternative Prognosen zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung der Schweiz vorgelegt. Wir kamen dabei zu anderen Ergebnissen als das Bundesamt für Statistik (BFS). Sowohl bei der Alterung als auch bei Zuwanderung und Einbürgerung gingen wir von – aus heutiger Sicht – «realitätsnäheren» Annahmen aus als das Hauptszenario des BFS. In einem nächsten Schritt geht es jetzt um die geplanten Reformen von Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerungsbedingungen. Wir versuchen zu zeigen, was dies für die zukünftige Zusammensetzung der Bevölkerung bedeutet. Dabei geht es um kürzere Wartefristen für Immigranten der «ersten Generation», um eine erleichterte Einbürgerung der im Land geborenen Kinder («zweite Generation») und gegebenenfalls um das automatische Schweizer Bürgerrecht – also eine *ius-soli*-Staatsbürgerschaft – für die Enkel («dritte Generation»). Wird die Reform von den Stimmbürgern angenommen, dann gibt es künftig mit Sicherheit weniger Ausländer in der Schweiz; allerdings auf einem etwas anderen Weg, als es die Proponenten einer restriktiven Ausländerpolitik von der «Schwarzenbach-Initiative» bis zur «18-Prozent-Initiative» vorschlugen.

Die künftige Entwicklung der Migrationsströme hängt von Faktoren ab, über die wir wenig wissen und für die eine Prognose unmöglich ist.

Braucht die Schweiz mehr Einwanderung?

Philippe Wanner: Ich habe auf diese Frage keine Antwort, weil ich nicht glaube, dass man von einer «Nachfrage» nach Immigranten in dem Sinne reden kann, dass die Gesellschaft sich an die Migrationsströme laufend adaptieren würde, und ich halte es für verfehlt, eine «optimale» Einwanderungsquote festzusetzen. Als Demograph würde ich allerdings sagen, dass eine kontinuierliche und gut abgestützte Einwanderung im Kontext mit einer «alternden Gesellschaft» eine notwendige aber keinesfalls ausreichende Voraussetzung einer harmonischen demographischen Entwicklung bildet. Tatsächlich haben verschiedene Untersuchungen gezeigt, dass die Einwanderung die Überalterung zwar bremsen, das Problem aber letztlich nicht lösen kann. Man sollte in diesem Zusammenhang auch an Massnahmen der Familienpolitik, an die Verbesserung der Lebensbedingungen junger Mütter, an die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und an alle weiteren Möglichkeiten denken, welche die Geburtenrate wieder steigen lassen könnten.

Zwei weitere Fragen sind ebenso wichtig, nämlich zunächst jene nach der Qualifikation der Einwanderer. Zurzeit gibt es darüber keinen Konsens. Die einen möchten lieber Angehörige qualifizierter Berufe, andere stellen fest, dass die Wirtschaft vor allem an einem Mangel von Nicht-Qualifizierten leidet. Dann stellt sich auch die Frage, wie man sich in der Schweiz zu neuen Einwanderungsströmen stellen soll, wenn die Reservoire der europäischen Arbeitsmärkte austrocknen und gleichzeitig die Möglichkeiten, die man Nicht-Europäern offerieren kann, nicht genügen. Darüber müsste man mehr nachdenken.

Eine der Grundlagen der schweizerischen Einwanderungspolitik ist die Unterscheidung von Asylanten, Gastarbeitern und assimilierungswilligen Einwanderern. Konsequenterweise müsste es für alle Kategorien verschiedene «Ausländerpolitiken» mit unterschiedlichen Zielsetzungen geben. Die Praxis sieht aber anders aus. Ist es heute überhaupt noch möglich, solche Unterscheidungen aufrecht zu erhalten?

Rainer Münz: Es gibt heute unterschiedliche rechtliche Regelungen für alle genannten Gruppen. Sinnvoll und wichtig ist die Unterscheidung zwischen humanitär gebotener Zuwanderung – vor allem Asyl und Familienzusammenführung – und ökonomisch oder demographisch motivierter Zuwanderung im Interesse des Ziellandes. Ersteres muss jeweils international anerkannter Menschenrechtsstandard, sowie mit der Genfer Flüchtlingskonvention und anderen Verpflichtungen kompatibel sein, die die Schweiz eingegangen ist. Bei letzterem müssen Wirtschaft und Gesellschaft Interessen gegen einander abwägen und eigene Interessen definieren. Dann können wir uns überlegen, wen wir ermutigen wollen, in die Schweiz – oder in ein anderes europäisches Land – zu übersiedeln. Schliesslich geht es darum, den Migranten selbst ein faires Angebot zu machen.

Wie wird dieses Problem einer neuen «Bündelung» verschiedener Politikbereiche im Rahmen der EU wahrgenommen? Wie vollzieht sich dort der Übergang von einer Flüchtlings- und einer Gastarbeiterpolitik zu einer umfassenden Migrations- und Bevölkerungspolitik?

Rainer Münz: Die EU verfügt im Asylbereich sowie durch den Schengener Vertrag auch beim Grenzregime über Elemente einer gemeinsamen Politik. Schon beim Familiennachzug gibt es keine gemeinsamen Standards. Noch grösser sind die Diskrepanzen zwischen den EU-Staaten bei der Arbeitsmigration sowie bei den Aufenthaltstiteln von so genannten Drittstaatsangehörigen, also von Nicht-EU-Bürgern. Geplant ist, auch hier zu gemeinsamen, auf Mehrheitsentscheidungen beruhenden Politiken und Regelungen zu kommen. Der zuständige EU-Kommissar *António Vitorino* und seine Beamten haben dazu mehrere Vorschläge gemacht. Allerdings sehen etliche EU-Staaten damit den verbliebenen Kernbestand nationaler Souveränität berührt. Dies gilt übrigens auch für den Bereich des Staatsbürgerschaftsrechts und die Einbürgerungsregelungen. Auch hier gibt es im Prinzip einen Harmonisierungsbedarf, wenn es den EU-Mitgliedstaaten mit dem vereinbarten gemeinsamen «Raum des Rechts, der Sicherheit und der Freiheit» ernst ist. Von einer Harmonisierung nationaler Regelungen zu einer gemeinsamen EU-Politik ist es allerdings noch ein grosser Schritt. Und der ist beim Flüchtlingsregime leichter, weil die Staaten hier gemeinsame Interessen an einer Reduzierung der Asylanträge haben. Bei der Rekrutierung von qualifizierten Arbeitskräften stehen die einzelnen Staaten und Volkswirtschaften hingegen eher in Konkurrenz zueinander. Das erschwert in der Praxis jedes gemeinsame Migrationsregime.

Bei der Rekrutierung von qualifizierten Arbeitskräften stehen die einzelnen Staaten und Volkswirtschaften in Konkurrenz zueinander.

Das Subsidiaritätsprinzip stellt die Frage nach der tiefstmöglichen Stufe, auf der ein Problem sinnvollerweise geregelt werden kann. In der Schweiz ist die Einwanderungspolitik national geregelt, die Einbürgerungspolitik kommunal. Diskutiert wird generell eine Verlagerung an übergeordnete Entscheidungsträger sowie eine teilweise Europäisierung. Ist das eine «Flucht in den höheren Verband» um den Preis schwindender Akzeptanz oder eine vernünftige Rationalisierung in der anonymen Grossgesellschaft?

Rainer Münz: Ordentliche Einbürgerungen erfolgen nur in der Schweiz auch auf kommunaler Ebene, weil die Schweiz das letzte Land in Europa ist, in dem es eine Gemeindebürgerschaft gibt. In einer Gesellschaft ohne grosse Wanderungsbewegungen wäre dies kein Problem. In der Realität führt diese Regelung allerdings zu

erheblichen Rechtsungleichheiten. In vielen grösseren Städten ist es heute leichter, das Schweizer Bürgerrecht zu erwerben als in kleineren Gemeinden; zumal in solchen, wo die Gemeindebürger über jede Person, die sich um das Bürgerrecht bewirbt, einzeln bzw. per Liste abstimmen dürfen. Hier gibt es ein übergeordnetes Interesse der Gesellschaft an der Integration von Migranten und daher auch an deren Einbürgerung. Hinzu kommt, dass es gegen einen negativen Volksentscheid bislang keine Rekursmöglichkeit gibt. Rechtsstaatlichkeit, Integrationspolitik und Gemeindeautonomie stehen hier in einem Konflikt, der sich nur auf Kantons- und Bundesebene lösen lässt. Bei der Asyl- und Einwanderungspolitik ist es kaum sinnvoll, sie unterhalb der nationalen Ebene anzusiedeln. Gemeinsame europäische Lösungen bieten sich zumindest beim Asyl an. Im Gegensatz dazu kann Integration immer nur lokal erfolgen. Deshalb wären EU-weite Richtlinien zur Integrationspolitik unsinnig.

Wir stehen in der Schweiz vor der Herausforderung, das Dossier «Ausländerpolitik» von den traditionellen Denkmustern zu befreien und in eine eigentliche Migrationspolitik als Bestandteil der Bevölkerungspolitik zu überführen. Ist die Politik, ist die Bevölkerung darauf vorbereitet?

Philippe Wanner: Es gibt in der Schweiz keine Bevölkerungspolitik, insbesondere keine, die ein demographisches Ziel verfolgen würde, beispielsweise ein Wachstum der Bevölkerung. Diese Frage steht nicht auf der politischen Traktandenliste. Ich glaube, dass es zur traditionellen politischen Kultur der Schweiz gehört, die Bevölkerungsentwicklung im grösseren Zusammenhang mit der allgemeinen Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes zu sehen und nicht als Politikum.

Als Demograph gilt meine Aufmerksamkeit eher der Altersstruktur als den Wachstumsraten. Deshalb sehe ich die Migration als eine interessante Einflussgrösse auf eine tendenziell alternde Gesellschaft. Dies mindestens in dreierlei Hinsicht: einmal für die Finanzierung der Altersvorsorge, dann im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und schliesslich auch im Bereich der Sozio-Kultur, wo die mehrheitlich jungen, aus vielfältigen Kulturen stammenden Immigranten einen Beitrag zur Formulierung neuer kultureller Normen leisten können. Leider steht in der öffentlichen Diskussion der Arbeitsmarkt allzu sehr im Mittelpunkt.

Leider steht in der öffentlichen Diskussion der Arbeitsmarkt allzu sehr im Mittelpunkt.

Was kann man tun, um diese Situation zu verbessern?

Philippe Wanner: Die Ursachen und die Folgen der Immigration für die Bevölkerung müssen klar beim Namen genannt werden. Die Schweiz wird zunehmend zu einem plurikulturellen Land. Die Vielfalt der Herkunft, der Religionen und Kulturen der Einwanderer ist für unser Land, trotz seiner historischen Erfahrung im Umgang mit dem Phänomen, etwas Neues. Das ist ein Problem, mit dem man sich auseinandersetzen muss, das man analysieren muss und dem man bei der Entwicklung von Integrationsprogrammen, aber auch beim intensiven Nachdenken über eine Überwachung der Einwanderung und deren Wirkungen, Rechnung tragen muss. Auf der Ebene der öffentlichen Meinung ist eine konsequente Information notwendig, um die Begriffe Einwanderung und Asylgewährung, Kriminalität, Gewalt, Verstecken im Untergrund usw. klar auseinander zu halten. Es ist auch wichtig, die Frage der Migration zu einem interdisziplinären, öffentlichen Thema zu machen, denn sie ist eng verknüpft mit der politischen Situation in den verschiedenen Regionen der Welt.

Integration kann immer nur lokal erfolgen. Deshalb wären EU-weite Richtlinien zur Integrationspolitik unsinnig.

Die Elite ist traditionellerweise einwanderungsfreundlicher als der Durchschnitt. Wie lassen sich diese Unterschiede überbrücken?

Sandro Cattacin: Die politische und ökonomische Elite ist in der Schweiz gespalten: Populisten und Romantiker beherrschen das politische Parkett, international ausgerichtete Firmen suchen qualifizierte Mitarbeiter und konkurrenzieren auf dem Markt der Arbeitsbewilligungen lokal ausgerichtete Branchen (etwa das Gastgewerbe, die Tourismusbranche oder die Landwirtschaft), die weiterhin weniger qualifiziertes Personal suchen. Die intellektuelle Elite, relativ bescheiden in ihrem Einfluss auf die Schweiz, hat sich zwar im Jungbrunnen der Landesausstellung erneuert und ihren Kosmopolitismus öffentlich bekundet, doch genügt dies wohl nicht, um zwischen diesen Eliten eine Einigung zu finden und vor allem in der Bevölkerung eine rationale Migrationspolitik zu begründen.

In diesem Spiel mit vielen Vetopartnern scheinen mir die Exekutiven und die Verwaltung, vielleicht auch gestützt durch die Forschung, eine wichtige Rolle zu spielen. Die tägliche Konfrontation mit Umsetzungsfragen führt zu Pragmatismus und differenzierten und informierten Argumentationen, die ähnlich der Drogenpolitik im Migrationsbereich längerfristig zu mehr Effizienz führen könnten.

In der neueren Geschichte lassen sich Phasen mir stärkerer Xenophobie mit Phasen zunehmender Toleranz feststellen. Wie beurteilen Sie die heutige Situation? Welche Einflussmöglichkeiten gibt es?

Sandro Cattacin: Xenophobie und Rassismus entstanden in der Schweiz vor allem als Konsequenz von Modernisierungsprozessen und der Sozialstaatsbildung. Die Definition von Inländern und Ausländern diente der Festlegung von Exklusionsgründen bei Rationalisierungen und im Redistributionsprozess. Geschürt wurden solche Haltungen in Phasen der Transformation von modernisierungskritischen und populistischen Bewegungen und Parteien. Sonderlich überraschend ist es deswegen nicht, dass solche Haltungen schwer zu beeinflussen sind, da komplexe politische und ökonomische Prozesse dahinter stehen. Ich sehe deswegen vor allem eine wichtige Rolle in der Sozialisierung zu einem respektvollen Umgang mit Menschen. Die Schule ist gefordert, aber auch die Zivilgesellschaft und ihr kapillares Vereinswesen. In den diesbezüglich besonders schwierigen Verhältnissen der Vororte grösserer Städte sollten auch öffentliche Anstrengungen unternommen werden, um anstelle von zunehmender Gewalt eine verbesserte Sozialisierung zu erreichen und Isolationsängste und gegenseitiges Misstrauen abzubauen.

Der Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman, ein grundsätzlicher Befürworter von «free immigration» hat seine Meinung in einem Interview wie folgt modifiziert: «So lange wir Wohlfahrtsstaaten haben, kann es keine freie Immigration geben.» Wie beurteilen Sie diese Aussage?

Sandro Cattacin: Die Ein- und Auswanderungspolitik wird längerfristig nach liberalen Regeln ablaufen. Für Milton Friedman steht die Selbstregulierung im Zentrum. Seine Vorstellungen zur Drogen- oder Migrationspolitik zeigen aber auch die Grenzen der Selbstregulierung, welche er im sozialen Bereich sieht (Jugendschutz, soziale Vermittlung von Respekt usw.). Dass die Wohlfahrtsstaaten selbstverständlich zu Inklusions- und Exklusionskriterien führen, ist logisch; doch zeigt die europäische Vereinigung, dass nicht der Verzicht auf den Wohlfahrtsstaat, sondern seine internationale Angleichung auf hohem Niveau freie Migrationsbewegungen vereinfacht. Friedman liegt deshalb beinahe richtig.

Was ist von einer kombiniert demokratisch-marktwirtschaftlichen Lösung des Migrationsproblems zu halten: Kontingente werden per Mehrheitsentscheid festgelegt und die einzelnen Einwanderungsrechte werden versteigert?

Sandro Cattacin: Ich halte nicht sehr viel von einer Lösung, die eine so präzise wirtschaftliche Frage an direkt-demokratische Prozesse anbinden möchte. Auch glaube ich nicht, dass Einwanderungsrechte jemals einen Marktpreis erhalten werden. Staaten fördern heute die internationale Migration von qualifiziertem Personal, das in anderen Worten materiell vermehrt entschädigt wird, wenn es beschliesst, in ein bestimmtes Land einzuwandern. Diese Konkurrenz um Arbeitskräfte zeigt, wie wichtig die Marktmechanismen im Migrationsprozess sind. Deshalb vertrete ich die Ansicht, dass hier spezielle Konjunkturkommissionen regelmässig Einwanderungsregeln festlegen sollten, die eine gesteuerte Einwanderung ermöglichen. (Davon wäre natürlich die Aufnahme von Asylanten nicht betroffen. Diese basiert auf Grundrechten und nicht auf politischen Entscheidungen.) Aufgrund demokratischer Entscheidungen wären dann die Rahmenbedingungen für die Einwanderung festzulegen. Dazu gehören etwa die Übernahme der «Integrationskosten» durch die Betriebe, die Migranten einstellen, sowie konkrete Massnahmen der Integrationspolitik. Diese sollte die soziale Integration zum Ziel haben und sich daher nicht ausschliesslich mit Migration befassen, sondern mit den allgemeinen Lebensbedingungen, um so den desintegrativen Tendenzen einer globalisierten und flexibilisierten Wirtschaft entgegenwirken zu können. ✦

Die Schule ist gefordert, aber auch die Zivilgesellschaft und ihr kapillares Vereinswesen.

Ich glaube nicht, dass Einwanderungsrechte jemals einen Marktpreis erhalten werden.